

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

63. Jahrgang

Leipzig, den 3. Juni 1925

Nummer 44

Gewerkschaftliche Organisationsprobleme

Der diesjährige Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands, der am 11. August in Breslau zusammentritt, wird erneut zum Organisationsproblem der Gewerkschaften Stellung nehmen müssen. Bekanntlich hat der letzte Gewerkschaftskongress in Leipzig im Jahre 1922 durch Annahme der Resolution Dörmann in der Organisationsfrage eine Entscheidung getroffen, mit der praktisch absolut nichts anzufangen war. Seine Resolution forderte zwar summarisch für große, zusammenhängende Industrien die Anerkennung oder Schaffung von Industrieverbänden durch den Zusammenschluß der noch vorhandenen Berufsorganisationen, ließ aber im übrigen das schwierige Problem ungelöst, weil sie ein klares Grundprinzip nicht aufzuzeigen vermochte. Eine andre, dem Leipziger Gewerkschaftskongress zur Organisationsfrage vorgelegte Resolution von Tarnow forderte ebenfalls den Zusammenschluß zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden und sie empfahl denjenigen Berufsverbänden, deren Organisationsgebiete ausschließlich oder vorwiegend in derselben Industrie liegen, den Zusammenschluß zum gemeinsamen Industrieverbande. Zwar bezeichnete die Tarnowsche Resolution die Gründe, die für eine berufliche Abgrenzung der Industrieverbände sprechen, als die überwiegenden, sie lehnte aber andre Formen nicht grundsätzlich ab. Eine allgemeine, plötzliche und willkürliche Umformung der Gewerkschaften hielt die Resolution Tarnow jedoch weder für zweckmäßig, noch für durchführbar, und sie sprach weiterhin aus, daß nur in organischer Entwicklung unter Berücksichtigung aller berechtigten Interessen und im Ausgleich einander widerstrebender Tendenzen die Organisationsform verändert werden kann, ohne die Einheit der Gesamtbewegung zu gefährden. Anstatt einen Zwang auszusprechen zur Bildung einer neuen Organisationsform, wollte Tarnow es den einzelnen Verbänden überlassen, auf dem Wege gegenseitiger Verständigung diejenigen Veränderungen vorzunehmen, die den Beteiligten als zweckmäßig erschienen. Das Votum der aus Industrieverbändlern bestehenden Mehrheit des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die noch dazu nach einer bestimmten Marschroute innerhalb der gewerkschaftlichen Delegationen abstimmen mußten, also unter Zwang standen, gab dem Kongress ein ganz falsches Stimmungsbild. Tatsächlich ist dann auch die fernere Entwicklung den Weg gegangen, den die Tarnowsche Resolution vorsehnete.

Der angenommenen Resolution Dörmann gemäß beauftragte der Leipziger Gewerkschaftskongress Vorstand und Ausschuß des DGB, in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorzieht. Diese Vorlage sollte zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung überwiesen werden. Das war natürlich leichter gesagt als getan. Vorstand und Ausschuß übertrugen diese Aufgabe bald nach dem Kongress einer besonderen schiedsgerichtlichen Kommission, die aber wegen der unzähligen praktischen Hindernisse, die im Organisationsproblem liegen, ihre Arbeiten noch nicht zum Abschluß zu bringen vermochte.

In eingehender und höchst interessanter Weise hat vor kurzem Fritz Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, in der „Arbeit“ die Schwierigkeiten beleuchtet, die bei der Verwirklichung des Prinzips des Industrieverbandes auftauchen. In einer 39 Seiten starken, sehr lesenswerten Broschüre (in der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin erschienen, Preis 30 Pf.) hat Tarnow seine Erfahrungen und seine Ansichten zum Organisationsproblem im DGB niedergelegt. Im Vorwort weist der Verfasser darauf hin, daß sechs Monate vor dem Breslauer Kongress noch niemand weiß, zu welchem abschließenden Ergebnis die vom Bundesausschuß eingesetzte Kommission im Rahmen des Organisationsproblems kommen wird, und wie sich letzten Endes der Bundesausschuß dem stellen wird. Mit dieser Bestimmung will Tarnow, der selbst einer Kommission angehört, keinen Vorwärt-

gegen diese erheben, sondern sie bildet nur eine Bestätigung dafür, daß die Materie unendlich viel komplizierter ist, als die meisten Anhänger einer Organisationsreform annehmen. Trotzdem aber wird der Breslauer Gewerkschaftskongress die endgültige Entscheidung in der Organisationsfrage nicht nochmals aufschieben können. Das jetzige Bundesstatut kann neben der vom Leipziger Gewerkschaftskongress angenommenen Resolution Dörmann nicht aufrechterhalten werden. Entweder müssen die statutarischen Bestimmungen über die „Abgrenzung der Gewerkschaften“ geändert, oder es muß die Leipziger Resolution wieder aufgehoben werden.

Wer das in der Nachkriegszeit stürmisch hervorgetretene Verlangen nach Industrieverbänden aufmerksam verfolgt hat, der konnte beobachten, daß dafür nicht lediglich praktische, im Organisationsinteresse liegende Gründe maßgebend waren, sondern auch sehr konkrete politische Absichten. Das stellt auch Tarnow fest hinsichtlich der kommunistischen Propaganda für Industrieverbände. Er weist dabei auf die alten revolutionären Epochen eigentümliche massenpsychologische Erscheinung hin, daß in solchen Zeiten jealiches Alte grundsätzlich als schlecht gilt, nur aus dem Grunde, weil es alt ist, während aus demselben Grunde alles Neue für gut gehalten wird. Dementsprechend fanden in der Nachkriegszeit alle auf die Veränderung der gewerkschaftlichen Organisationsform abzielenden Ideen von vornherein einen günstigen Resonanzboden. Es genügte, festzustellen, daß die Gewerkschaften in ihren „vorrevolutionären Formen erstarrt“ seien, um die Überzeugung entstehen zu lassen, daß da unbedingt Wandel geschaffen werden müsse. Mit diesen Strömungen stand zweifellos auch die Resolution Dörmann zur Organisationsfrage in ursächlichem Zusammenhange.

Die Schwierigkeiten, die im Sechzehnerausschuß bei der Ausarbeitung gegenseitiger Vorschläge für die Durchführung der Leipziger Resolution hervortraten, entsprangen nicht nur dem grundsätzlichen Gegensatz zwischen den Anhängern des Berufs- und denen des Industrieverbandsprinzips, sondern daneben auch den mannigfachen Gegensätzen unter den Anhängern der Industrieverbandsform selbst. Im Gegensatz zum Berufsprinzip gibt es kein einheitliches Industrieverbandsprinzip, sondern mehrere solcher Prinzipien, um die gerungen wird, wobei jeder das Prinzip verteidigt, das für seine besonderen Organisationsinteressen am zweckmäßigsten erscheint. Das Berufsprinzip genügt als Abgrenzungsmittel, um sich danach in der Praxis zurechtfinden zu können. Das Industrieverbandsprinzip aber ist ein ganz nebelhafter Begriff und kann allein nicht genügen, um die Grenzen zwischen den einzelnen Verbänden kenntlich zu machen. Zum mindesten müßte es erst noch genauer umschrieben werden.

Für die Notwendigkeit von Industrieverbänden wird immer wieder begründend hingewiesen auf die Konzentrationsbewegung des Kapitals und auf die Zusammenschlüsse des Unternehmertums, dem die Arbeiter gleichartig gruppierte Gewerkschaften gegenüberstellen müßten. Tatsächlich aber ringt bei den Unternehmerverbänden das berufliche Prinzip mit dem regionalen. Tarnow betont, daß man zwischen drei Prinzipien zu wählen hat, wenn man die Konzentrationsbewegung zum allgemeinen Organisationsprinzip für die Gewerkschaftsbewegung bestimmen will. Man muß unterscheiden zwischen der Tendenz der horizontalen Konzentration, das heißt dem Zusammenschluß von Betrieben der gleichen Produktionsart und Produktionsstufe, der vertikalen Konzentration, das heißt von Betrieben aufeinanderfolgender Produktionsstufen, angefangen bei der Rohstoffgewinnung bis zum Fertigfabrikat, und der Tendenz zum gemischten Konzentration, das heißt die Zusammenfassung von Betrieben unterschiedlicher Produktionsarten und Produktionsstufen. Alle drei Tendenzen sind denn auch in den Vorschlägen über Industrieverbände anzutreffen. Die Mehrheit der Industrieverbandsanhänger steht wohl auf dem Boden der horizontalen Zusammenfassung. Will man diese Form, dann kann freilich daneben nicht auch noch den andern beiden Richtungen Rechnung getragen wer-

den. Zu welchem Wirrwarr das sonst führen würde, weiß Tarnow überzeugend nach. Aber auch bei der konsequenten Durchführung des horizontalen Organisationsprinzips würden einzelne Verbände vollständig auseinandergerissen und in so viele Teile zerlegt werden, daß keine Verschmelzung, sondern vielmehr eine Auflösung die unausbleibliche Folge sein würde. Die Schwierigkeiten bleiben also selbst dann noch groß, wenn wirklich klipp und klar feststände, welcher der vorhandenen Industrieverbandsgrundsätze das eine und allgemeine Prinzip sein soll.

Im Schlußkapitel seiner Broschüre „Was nun?“ kommt Tarnow auf den Ausweg zu sprechen, den der Breslauer Gewerkschaftskongreß suchen muß, um aus der unglückseligen Situation herauszukommen, die durch den Leipziger Beschluß geschaffen worden ist. Zunächst haben sich die verantwortlichen Instanzen, die mit der Vorbereitung der Organisationsfragen noch beschäftigt sind, über einen gangbaren Weg schlüssig zu werden. Die letzte Entscheidung aber wird der Breslauer Gewerkschaftskongreß selbst zu treffen haben; eine Entscheidung, die ungeheuer verantwortungsvoll ist. Sicherlich gibt es keine Lösung, die alle gleichermaßen befriedigen könnte. Es muß aber, meint Tarnow, eine Lösung geben, die ein weiteres gedeihliches Zusammenleben zwischen allen Gliedern des Gewerkschaftsbundes gestattet und diesen nicht in seinen Grundmauern erschüttert, sondern seinen weiteren Ausbau ermöglicht. Diese Lösung erblickt er in der Erweiterung des Wirkungskreises und der Einrichtungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wörtlich heißt es darüber im wesentlichen: „Die weitere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung, die Erhöhung ihrer Kampfkraft und die Vermehrung ihres Einflusses auf die Wirtschaft und den Staat hängen nicht von der Änderung der Organisationsform ab. Viel zu wenig wird noch erkannt, daß heute neben den Einzelverbänden die Gesamtorganisation des ADGB besteht, und daß dieser gegenüber jenen eine ganz andre Bedeutung zukommt als früher unter der Form der Generalkommission. Damals mußten sich die Gewerkschaften notgedrungen im wesentlichen auf die Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum beschränken; die Möglichkeiten einer allgemeinen gewerkschaftlichen Aktivität waren sehr begrenzt. Die gesamte Gewerkschaftstätigkeit war in der Hauptsache eine Summierung der Arbeit, die in den einzelnen Verbänden geleistet wurde. Heute leben wir unter anderen Verhältnissen. Die alten Aufgaben sind geblieben, aber es sind neue dazu gekommen. Die Veränderungen im Staat wie in der Wirtschaft weisen der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse eine weit bedeutsamere Rolle zu, als sie ihnen vordem zu spielen möglich war. Die Erweiterung des Aufgabekreises fällt nun aber vornehmlich in die Kompetenz der allgemeinen Gewerkschaftsvertretung und nicht in die der Einzelverbände. In richtiger Erkenntnis dieser Situation ist nach dem Kriege der ADGB begründet worden. Dadurch sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß zur Erfüllung der neuen Aufgaben nicht mehr das System der losen miteinander verbundenen Einzelverbände ausreicht, sondern eine festgefügte Gesamtorganisation erforderlich ist. Noch steht auch der ADGB erst in den Anfängen seiner Entwicklungsmöglichkeiten.“

Schließlich faßt Tarnow seine Meinung, daß die Erweiterung des Wirkungskreises und der Einrichtungen des ADGB die gegebene Notwendigkeit ist, selbst wenn dadurch die öffentliche Bedeutung der Einzelverbände und deren absolute Selbstständigkeit geschmälert werden sollten, wie folgt zusammen: „Wer die Dinge von dieser Seite aus betrachtet, wird leicht erkennen, daß für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse die Frage einer Änderung der Organisationsform bei den Einzelverbänden heraldisch unbedeutend ist gegenüber der viel wichtigeren Frage, wie die Gesamtorganisation, der Bund, vollkommen ausgebaut werden kann. In dieser Richtung ist die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu suchen.“

Von jeher sind die Formen und Kampfmethoden der Unternehmerverbände mitbestimmend gewesen für die Organisationsform der Arbeiterschaft. Wer den Tarnowschen Vorschlag auf Erweiterung des Wirkungskreises und der Einrichtungen der obersten Gewerkschaftsinstanz, des ADGB, in Parallele stellt mit dem heutigen Stande der organisierten Entwicklung auf Unternehmenseite, der wird jenem Vorschlag die innere Berechtigung nicht absprechen können. Der gewalttätige Einfluß der Unternehmerverbände auf Staat und Wirtschaft beruht durchwegs nicht auf dem Zusammenschluß nach Industriegruppen, sondern in viel höherem Grade darauf, daß sich die Unternehmer einen zentralen Organisationsapparat für ihre zahlreichen Branchenverbände geschaffen haben, dem ausschließlich die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Unternehmerforderungen der Öffentlichkeit und den Regierungskreisen gegenüber obliegt. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß es die Unternehmer sehr wohl verstehen, sich wissenschaftlich vortrabende Kräfte als unverantwortliche Katastrophendienstler zu machen, die ihre spezielle Aufgabe darin erblicken, selbst die willkürlichen

und unsozialsten Unternehmerforderungen nach außen hin, insbesondere auch durch die Presse, zu vertreten.

Tarnows Lösungsversuch ist unseres Erachtens eine Vereinigung des prinzipiellen Standpunktes mit dem realpolitischen, und zugleich der einzige mögliche Ausweg aus dem durch den Leipziger Beschluß vergrößerten Schwierigkeiten in der Frage des gewerkschaftlichen Organisationsproblems. Durch einen zeitgemäßen Ausbau der obersten Gewerkschaftsinstanz zur Erlangung stärkeren Einflusses der Gewerkschaften im wirtschaftspolitischen und staatlichen Leben wird sicherlich der Gewerkschaftsbewegung weit besser gedient als durch zwangsweise Bildung neuer Organisationsformen nach Schema F.

Inzwischen hat auch unser Kollege Karl Zwing (Zona) in der von ihm herausgegebenen gewerkschaftlichen Monatschrift, dem „Gewerkschafts-Archiv“, zur Frage der gewerkschaftlichen Organisationsform kritisch Stellung genommen und seine Arbeit gleichfalls im Sonderdruck erscheinen lassen. Während Tarnow (der Vorsitzende eines der größten Industrieverbände) sich in seiner Broschüre wegen des noch völlig ungestalteten Organisationsprinzips ernsthaft bemüht, dem Leser eine klare Vorstellung zu vermitteln von der Tragweite einer endgültigen Entscheidung des Breslauer Gewerkschaftskongresses über die zukünftige Organisationsform, und einen gangbaren Weg aus dem Holze zu zeigen, beschränkt sich Zwing auf den theoretischen Nachweis für die Notwendigkeit der Schaffung von Industrieverbänden und eine Kritik des Tarnowschen Lösungsversuchs. Die Industrieverbände seien zweifellos die gegebenen Faktoren, neue Geistigkeiten, neue Prinzipien und neue Gedanken zu entwickeln. „Der Berufsgedanke“, sagt Zwing, „ist überaltert, aus dem Berufsgedanken heraus sind keine, die unsolidarischen Gruppeninteressen aufhebende, neue Prinzipien entwickelnde überragende Ideen zu erwarten. Vom Beruf aus sieht man nur einen kleinen Ausschnitt einer Industrie und einen noch kleineren aus der Gesamtwirtschaft. Der Gedanke der industriellen gewerkschaftlichen Zusammenfassung ist daher durchaus gesund, aber es darf nicht schematisiert werden, sondern es müssen die zwischen Handwerk und Vertikalstruktur liegenden Wirtschaftsformen berücksichtigt werden. Das Streben nach dem Industrieverband muß aber auch eine große leitende Idee haben und darf nicht nur eine Umorganisation der Massen durch Zerstückeln anderer gewerkschaftlicher Verbände darstellen. Der Industrieverband muß vielmehr die Wirtschaftsproblematik der Gewerkschaften zu lösen versuchen, durch neue Gedankeneinheiten die innere gewerkschaftliche Problematik, die unsolidarischen Gruppeninteressen überwinden und zur Auflösung zu bringen versuchen, um sie in höherer sozialer Einheit wieder zusammenzufassen. Hierzu bedarf es einer gründlichen geistigen Vorbereitung. Entwickelt der Industrieverbandsgedanke die geistigen Kräfte zu einer vollständigen Gedankenumstellung innerhalb der Gewerkschaften, so hat er eine Grobkat in der Höherentwicklung der Arbeiterklasse vollbracht; wird der Industrieverbandsgedanke aber durch Schematismus und durch den Abstimmungssettel zur Lösung zu bringen versucht, so werden schwere Erschütterungen des gesamten gewerkschaftlichen Lebens nicht ausbleiben können.“ Es dürfte kaum einen Gewerkschaftler geben, der, sofern er die Erfordernisse der Zeit begriffen hat, diese Meinung Zwings über den organischen Aufbau von Industrieverbänden nicht teilen wird. Nicht mehr und nicht weniger will auch Tarnow, nur daß der letztere mit seinem konkreten Vorschlag auf vollkommeneren Ausbau der Spitzenorganisation, des ADGB, dem aufgestellten Ziele praktisch näherkommen will. Er weiß aus Erfahrung, daß eine gewalttätige Zerreißen der geschichtlichen und geistigen Zusammenhänge der Berufsorganisationen zu einer Schädigung der Arbeiterbewegung führen müßte. Handelt es sich doch bei deren Mitgliedern nicht um Schachbrettfiguren, die man beliebig hin- und herschieben kann, sondern um Menschen mit eigenem Willen und Verstand, um Menschen, die nicht einfach umgewandelt werden können durch ihre Verpflanzung aus dem Berufs- in den Industrieverband. Glücklicherweise ist heute in nicht wenigen Verbänden noch die Tatsache zu verzeichnen, daß äußere und innere Bindungen die Mitglieder durchdringen und sie fest an die Organisation knüpfen. Diese Bindungen aufrechtzuerhalten auch gegenüber einer neu zu schaffenden gewerkschaftlichen Organisationsform, das stellt naturgemäß eine Hauptaufgabe aller Lösungsversuche dar.

Der Tarnowsche Versuch, der darauf hinausläuft, die Selbstständigkeit der einzelnen Verbände einzuschränken, um sie „in den Rang von Unterabteilungen der Gesamtorganisation einzurücken zu lassen“, wird von Zwing abgelehnt. Einmal deshalb, weil der Vorschlag letzten Endes auf die schon öfter in Erwägung gezogene Einheitsorganisation hinauslaufen würde, was aus näher dargelegten Gründen keine zeitgemäße Lösung des Organisationsproblems bedeute, dann aber, weil Zwing in dem Vorschlag Tarnows die Gefahr des Überzentrismus erblickt, durch den ein gewisser gewerkschaftlicher Militarismus herangezögelt werden würde. Zwing sagt darüber im wesentlichen folgendes: „So sehr die

weitere Zentralisation vielleicht verwaltungsmäßig erwünscht sein mag, so haben die Gewerkschaften in dem jetzigen Stadium ihrer Entwicklung nichts notwendiger, als in der Mannigfaltigkeit ihre geistigen Qualitäten zu entwickeln. Das Industrieverbandsprinzip hat seine geistigen Wurzeln in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, in den Wirtschaftsprinzipien der Gegenwart, den Konzentrationsprinzipien. Hängt also mit dem Funktionswandel und neu sich bildenden, aus der Gegenwart erwachsenen gewerkschaftlichen Prinzipien aufs innigste zusammen. Daran ändert auch nichts, daß das Industrieverbandsprinzip zum Teil heute noch unter dem Gesichtswinkel der Schaffung neuer gewerkschaftlicher Größenverhältnisse steht, anstatt theoretisch vollständig, wie es zu wünschen wäre, unter dem Prinzip des Funktionswandels der Gewerkschaften in veränderter Gesellschaft. Überzentrismus hat aber nicht die Elemente neuer Funktionen in sich, sondern will die bisherigen Funktionen nur an eine übergeordnete Stelle abtreten und von einem Punkt aus dirigieren. Er gibt also nicht die Plattform zur Erweiterung geistiger Qualitäten, sondern verringert den geistigen Entwicklungsraum. Denn der Zentralismus sucht die Probleme nicht in geistiger Mannigfaltigkeit, sondern mit Unterordnung, mit Disziplin, zu lösen. In einem überzentralistischen System ist es schwer, wenn nicht geradezu unmöglich, neue Ideen und geistige Qualitäten zu entwickeln. Man denke an Moskau und an das neue Papsttum des russischen Generalrats. Überzentrismus mag zwar eine bequeme Sache für diejenigen, die an der Spitze stehen, sein, aber darauf kommt es in einer großen Bewegung nicht an, sondern auf Fortschritt und Höherentwicklung. "Uns will bedünken, daß alle von Zwing bezüglichen des Larnowschen Vorschlages geltend gemachten Befürchtungen eines Überzentrismus ohne weiteres auch auf millionenstarke Industrieverbände zutreffen können. In noch höherem Grade vielleicht als bei dem von Larnow propagierten vollkommeneren Ausbau der obersten Gewerkschaftsinstanz, deren Tätigkeit einer dauernden Nachprüfung und Kontrolle durch die Vertreter sämtlicher angeschlossenen Verbände und der Gewerkschaftskongresse, also der breiten Öffentlichkeit, unterstellt ist! Auch darüber, in welchem Rahmen die notwendige Entwicklung mannigfaltiger geistiger Qualitäten am besten gewährleistet scheint, kann man grundverschiedener Meinung sein! Die größere Logik in der Beurteilung der geistigen Voraussetzungen und Vorbereitungen für die Lösung des gewerkschaftlichen Organisationsproblems liegt entschieden bei Larnow. Er will mit dem von ihm vorgeschlagenen zeitgemäßen Ausbau der Gesamtorganisation, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, für die wirkungsvollere Wahrnehmung wirtschafts- und sozialpolitischer Interessen der Arbeiterklasse neue, stärkere Stützpunkte schaffen, ohne die Einheit der Gesamtbewegung zu gefährden."

Segen den Zollwucher!

Schreien, Schreien und nochmals Schreien! Das war von jeher die Parole der Großagrarien. Es ist ihnen auch diesmal wieder geglückt. Die sogenannte Kleine Zollvorlage ist dem Reichsrat vorgelegt worden. Sie wird sich wesentlich von der Vorlage unterscheiden, die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegen hat. Die Veränderung veruht darin, daß das zwischen der Schwerindustrie und der Landwirtschaft vereinbarte Kompromiß in die Zollvorlage hineingearbeitet worden ist. Um diese Vorlage ist monatelang zwischen der Schwerindustrie und der Landwirtschaft gekämpft worden. Die Folge davon war, daß die Regierung den Entwurf nicht zum Abschluß bringen konnte. Es trat eine wesentliche Verzögerung ein, die unsere Handelsvertragsverhandlungen, besonders gegenüber Italien, äußerst ungünstig beeinflusst hat. Das Kompromiß zwischen Landwirtschaft und Industrie selbst ist auf der Grundlage von gegenseitigen Konzessionen abgeschlossen worden. Die Landwirtschaft hat der Schwerindustrie in einzelnen Positionen eine 50prozentige Erhöhung des Eisenzolles, um den in den letzten Tagen heftige Debatten geführt wurden, zugestanden. Der Fertigwarenfabrikation ist man durch Beibehaltung der außerordentlich hohen Zölle, wie sie schon die Vorlage im Reichswirtschaftsrat vorsah, entgegengekommen.

Die landwirtschaftlichen Zölle sollten am 1. August 1926 in Kraft treten. Die Agrarier haben jedoch durchgesetzt, daß bereits Zölle in halber Höhe für die neue Ernte gelten, und zwar ist als Termin der 1. August 1925 vorsehen, wonach sich folgende Zölle ergeben:

	Bisher	Künftig
	für den Doppelzentner	
Roggen	3,—	5,—
Weizen und Spels	3,50	5,50
Gerste	2,—	2,30
Hafer	3,—	5,—

Die heutigen Preise reiflicheren Agrarprodukten in keinem Falle, da die Getreidepreise bereits um mehr als 30 Proz. gegenüber dem Vorkriegsstand gestiegen sind. Es muß immer wieder betont werden, daß von hohen Getreidepreisen nur ein ganz kleiner Teil der deutschen Landwirte Vorteil hat, nämlich die Großagrarien, vorzüglich die in den höchsten Preisen und in Mecklenburg, während die Landarbeiter überhaupt nichts davon profitieren. Welche Entschädigung die Landarbeiter bei den Getreidepreiserhöhungen finden, dafür erbrachte im Reichstag der

Ungeordnete Fächer eine Fülle von Nachweisen, vor allem aus seiner ostpreussischen Heimat, dem Paradies der ostelbischen Agrarier. Es werden dort Stundenlöhne zwischen 12 und 14 Pf. gezahlt; noch schlimmer steht es um die Wohnungen der Landarbeiter. Zumelst haben sie in Ostpreußen nur Lehm- oder Ziegelboden und bestehen aus einem Raume, in dem Verheiratete, Unverheiratete und auch das Vieh zusammen hausen müssen. Es ist bezeichnend, daß die Schilderung dieser Zustände bei der Reden einen Lausausschlag hervorrief.

Zölle und nochmals Zölle und dazu noch Liebesgaben an die Agrarier, das war das Leitmotiv der Rede, die der Deutschnationale Lind darauf hielt. Zur Begründung der agrarischen Forderungen wiederholte er alle die alten Behauptungen der Landhändler, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu niedrig seien, daß die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gefährdet werde, wenn die Grenze nicht schärfen nicht seien alle ausländischen Erzeugnisse der Landwirtschaft abgeschlossen werde. Für die Kreise, die hinter den Deutschnationalen stehen, gelten die Nachweise der bedeutendsten Vertreter der Agrarwissenschaft, wie des Professors Siering und Krehbe, noch immer nichts, daß der deutschen Landwirtschaft nicht durch Zölle, sondern gerade nur durch Öffnung der Grenze gebolten werden könne.

Wie sich die Zölle erhöhen würden, zeigt die nachstehende Zusammenstellung, die nur einen Bruchteil der 945 Tarifpositionen wiedergibt:

	Bisher	Künftig
	für den Doppelzentner	
Farben	—	7,50
Parzellen	60,—	300,—
Robseide (ungezwirnt)	36,—	100,—
Wolle	2,—	3,50
Robgarn	3,—	4,—
Rammgarn (roh)	8,—	30,—
Posamentierwaren	300,—	450,—
Nähmaschinen	35,—	40,—
Mehl	10,20	18,75
Bier	8,—	12,—
Teigwaren	25,—	40,—
Margarine	20,—	30,—
Schmalz	10,—	12,50
Kartoffeln		
(1. Februar bis 31. Juli)	1,—	4,—
(1. August bis 15. Februar)	—	0,50
Zuckerrüben	—	1,—
Grünkutter	—	1,—
Weintrauben (bis 5 kg)	—	30,—
Weintrauben	4,—	45,—
Frische Äpfel und Birnen	10,—	15,—
Apfelfstern	3,25	12,—
Zitronen	—	12,—
Gefrorenes Fleisch	35,—	45,—
Rühfenchfleisch	60,—	75,—
Rindvieh	8,—	18,—
Schafe	8,—	18,—
Schweine	9,—	18,—
Gänse	—	24,—
Pferde (pro Stück)	90,—	500,—

Wir meinen, den Agrariern unge es durchaus nicht schlecht; ihre Anschaffungen und Neubauten beweisen das. Daß sie sich an dem Kampf für die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses ebenfalls stark beteiligen, spricht auch nicht dafür, daß es ihnen schlecht ginge. Der Verband der deutschen Kaffeeisengenoossenschaften führt die Tassaße, das die Gesamtsparanlagen bei den ihm angeschlossenen Genossenschaften heute nur etwa 15 Millionen gegenüber 772 Millionen im letzten Friedensjahre betragen, zum großen Teil auf die Aufhebung des Bankgeheimnisses zurück. Mit Rücksicht auf die außerordentliche notorische Kapitalarmut der Landwirtschaft müsse der Sparverkehr mit allen Mitteln wieder gefördert werden. Ein Hauptmittel bilde aber die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses. Die berechtigten Interessen der Reichsfinanzverwaltung seien durch die Verpflichtung der Banken, Sparkassen und Genossenschaften zur Zeugnisablegung im Strafverfahren hinlänglich gewährleistet. Sollten da nicht noch andre Gründe, z. B. steuerlicher Art, vorhanden sein? Wir kennen doch unsere Großagrarien von vor dem Kriege her, die damals so „arm“ waren, daß manche von ihnen kein Einkommen nachweisen konnten, also auch keine Einkommensteuer zahlen brauchten.

Aber auch die deutsche Industrie scheint aus ähnlichen Gründen den Kampf um das Bankgeheimnis zu führen. Mit allen Mitteln versucht der Reichsverband der deutschen Industrie den Reichsfinanzminister zu bearbeiten, um eine Revision des bisher von ihm eingenommenen Standpunktes zu bewirken. Es sei unbedingt erforderlich, das Vertrauen zu den Banken, Sparkassen usw. wieder zu festigen. Dies könne jedoch nur durch Wiederherstellung des Bankgeheimnisses in dem Umfang, wie es vor der Reichsfinanzabordnung auf Grund der Landessteuergesetze bestanden hat, erreicht werden.

Diese selbe Großindustrie, die in der Frage des Bankgeheimnisses mit den Agrariern Arm in Arm geht, fand sich zu einem Subbandel mit den altsächsischen Kampanten bereit, als es sich leicht um die Verteuerung der Lebenshaltung der großen Massen handelte. Das Ganze stellt sich dar als die Rückkehr zum Schutzsystem zugunsten der Großagrarien und der Schwerindustrie, als Raubzug gegen die gesamte arbeitende und konsumierende Bevölkerung, als eine Erχώerung der Handelsvertragspolitik, als verhängnisvolle Wirkung der Reichsregierung.

Auswanderung und Wirtschaft

Die Zahl der im Jahre 1924 aus Deutschland nach Übersee Ausgewanderten steht noch nicht endgültig fest. Nach den vorliegenden Berichten dürfte ihre Zahl auf rund 60 000 zu veranschlagt sein. Damit ist die Auswanderungsziffer für 1923 mit 115 000 Auswanderern nicht erreicht, doch ist auch sie noch immer groß genug, um zu ersten Bedenken Veranlassung zu bieten. Seit jeher zwar stand Deutschland unter den an der Auswanderung beteiligten Ländern mit an vorderster Stelle, ein für die Verhältnisse in Deutschland wenig günstiges Zeichen. Schon in den über Jahrhunderte des vorigen Jahrhunderts nahm sie einen starken Umfang an und erreichte im Jahre 1854 mit 215 000 Auswanderern ihren Höhepunkt. In der folgenden Zeit ging die Auswanderung wesentlich zurück. Das Jahr 1872 blieb jedoch die Auswanderungsziffer wieder auf 128 000 ansteigen. Bis 1878 hielt sie sich in mäßigen Grenzen, um dann in schnellstem Aufstieg 1881 mit 220 000 Auswanderern den höchsten Gipfel zu erklimmen. Auch in den folgenden Jahren bis 1892 blieb die Auswanderungsziffer mit durchschnittlich jährlich 160 000 Auswanderern verhältnismäßig hoch, ging dann aber bis zum Ausbruch des Weltkrieges ständig zurück und jährlich nicht über 30 000 hinaus. Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer, die bis Mitte der über Jahre über dem großen Wasser eine neue Heimat suchten, dürfte rund 6 1/2 Millionen betragen.

Während des Krieges war eine Auswanderung nicht möglich. Diese begann erst wieder nach seiner Beendigung. Im Jahre 1919 zählte man 3000, 1920: 10 000, 1921: 25 000, 1922: 37 000 Auswanderer. Mit der letztgenannten Auswanderungszahl wurde bereits wieder der frühere Jahresdurchschnitt überschritten. Die Auswanderung 1923 übersteigt ihn um das nahezu Vierfache, die des Jahres 1924 um das Doppelte. Dennoch ist ein Nachlassen der Auswanderung festzustellen. Nur wäre es verfehlt, diese Tatsache zu optimistisch zu beurteilen. Die Neigung zur Auswanderung ist nach wie vor vorhanden. Lediglich die einschränkenden Auswanderungsvorschriften der überseeischen Länder verhindern, daß sie sich in stärkerem Umfange betätigt.

Aus den Schwankungen der Auswanderungsziffer ist leicht zu erkennen, daß sie in weitgehendem Maße von den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst wird, Auswanderung und Wirtschaft miteinander in engstem Zusammenhang stehen. Regelmäßig sind es Jahre der wirtschaftlichen Depression, in denen die Zahl der Auswanderer wächst, während umgekehrt die Wiederkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse den Auswandererstrom abschwächen läßt. Das tritt besonders deutlich bei der Auswanderungsbewegung der letzten Jahre hervor, die sich mit dem Niedergang der deutschen Wirtschaft verbindet und ihr durchaus parallel läuft. Nachdem sich die Demobilisierung des deutschen Heeres vollzogen hatte, macht sich 1920 der wirtschaftliche Abstieg bemerkbar. Als bald beginnt die Neigung, sich den unbefriedigenden Verhältnissen durch die Auswanderung zu entziehen. In dem Maße wie der wirtschaftliche Verfall fortschreitet, nimmt sie zu, erreicht mit dem Zusammenbruch der Währung ihren Höhepunkt und geht mit ihrer Wiederherstellung sowie der Besserung der Wirtschaftslage zurück.

Das ist keine überraschende, sondern ganz natürliche Erscheinung, die zum Ausdruck bringt, wie der überlastete frange Wirtschaftskörper, sofern sich ein anderer Ausweg nicht findet, die in ihm vorhandenen Spannungen auszulösen und auszugleichen strebt. Deshalb darf diese Erscheinung aber nicht als nebensächlich und unbeachtlich angesehen werden. Wie der menschliche Organismus durch das Fieber die vorhandenen Krankheitsstoffe auszustößen sucht, so ist auch der Wirtschaftsorganismus in Krisenzeiten bemüht, wieder einen inneren Gleichgewichtszustand herbeizuführen. Aberflüssige, rickständige, kapitalschwache Unternehmungen werden ausgeschleudert, die Produktion gerät ins Stocken, die Kaufkraft läßt nach, Handel und Verkehr kommen zum Stillstand. Die Perioden wirtschaftlicher Krisen sind deshalb stets von einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit begleitet. Hieraus entsteht die Auffassung, daß sie es in der Hauptsache ist, die zur Auswanderung verleitet. Daraus wird vielfach weiter gefolgert, daß die Auswanderung eine Entlastung des Arbeitsmarktes und so eine Besserung der Arbeitslage für die Zurückbleibenden bedeutet.

Wäre diese Annahme richtig, dann müßten die Gebiete, in denen die Arbeitslosigkeit am stärksten auftritt, das größte Kontingent der Auswanderer stellen. Das ist jedoch, wenn man sich die Auswanderungsgebiete daraufhin ansieht, nicht der Fall. Abgesehen von Bremen und Hamburg, die wegen ihrer Lage an der Wasserfront zu einer stärkeren Auswanderung verführt sind, sind es vielmehr gerade die Gebiete mit schwächster Arbeitslosigkeit, von denen die höchsten Auswanderungsziffern geliefert werden. Ein ähnliches Bild liefert die Berufszugehörigkeit der Auswanderer. Neben 45 000 Angehörigen der Industrie und des Baugewerbes wanderten vom 15. Juli 1923 bis 15. Juli 1924 aus: 17 000 Angehörige der Land- und Forstwirtschaft, 13 000 Angehörige des Handels- und Verkehrsgewerbes und fast 12 000 Personen, die im häuslichen Dienst beschäftigt sind, während die Zahl der männlichen Lohnarbeiter und Berufslosen nicht ganz 5 000 betrug. Auch hieraus geht hervor, daß die Erwerblosen sich nur in verhältnismäßig geringem Umfange an der Auswanderung beteiligten. Bei den Berufsgruppen der Land- und Forstwirtschaft sowie der häuslichen Dienste war in der genannten Zeit et. besondere Arbeitslosigkeit nicht vorhanden. Stärker trat sie in der Industrie, dem Baugewerbe und Handelsgewerbe, am stärksten aber in den ungelerten Berufen auf, trotzdem hier die geringe Auswanderungsziffer.

Diese Tatsache findet ihre Erklärung, wenn man sich wieder erinnert, daß es sich bei den Auswanderern vorwiegend um hochwertige Arbeitskräfte, Angestellte und Sacharbeiter handelt, über deren Abfluß die

Unternehmer der Metallindustrie, elektrische Industrie, Zementindustrie, Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie, des graphischen Gewerbes und der optischen Industrie die bewerklichsten Klagen anstimmen. Auch zahlreiche sogenannte land- und forstwirtschaftliche Arbeiter zählen hierzu, wie besonders die Auswanderung aus Württemberg erkennen läßt. Nicht Arbeitslosigkeit war es, was diese Angestellten und Sacharbeiter davontrieb, denn die meisten von ihnen befanden sich bis zu ihrer Abwanderung in Stellung. Wenn sie diese aufgaben, so nicht deshalb, weil sie die Arbeitslosigkeit fürchteten, sondern, weil ihnen die Verhältnisse, unter denen sie leben und arbeiten mußten, nicht länger erträglich erschienen. Und diese Verhältnisse waren in den letzten Jahren schlecht genug und sind es noch heute. Die Gehälter der kaufmännischen und technischen Beamten und Angestellten sowie die Löhne der gelernten Arbeiter in Deutschland stehen in keinem auch nur einigermaßen erträglichen Verhältnis zu denen des Auslandes, selbst wenn man dort die höheren Lebensunterhaltungskosten in Betracht zieht. Das ist durch zahlreiche Gegenüberstellungen in der Gewerkschaftspressen nachgewiesen. Die Unternehmer lassen sich dadurch nicht belehren und setzen ihre Gehalts- und Lohn-drückerei fort, obgleich die vielfach zu außerordentlicher Höhe steigenden Gewinnraten der industriellen Unternehmungen eine andre, den immer noch übermäßig verteuerten Lebenshaltungskosten entsprechende Entlohnung der technischen Beamten, Angestellten und Arbeiter rechtfertigen würde.

Für die deutsche Wirtschaft entsteht hieraus eine schwere Gefahr. Industrie und Gewerbe können sich nur durch Qualitätsergebnisse aufwärts entwickeln. Ihre Herstellung erfordert aber auch qualifizierte Arbeitskräfte. Schon jetzt besteht durch die Menschenverluste des Krieges wie durch die stattgefundenen Auswanderung ein sehr erheblicher Mangel an tüchtigen technischen Angestellten und Sacharbeitern. Dieser Mangel wird bei Beibehaltung der bisherigen Entlohnungspolitik der Unternehmer nicht geringer werden, sondern wachsen. Ihn durch ungelerten Arbeiter zu beheben, ist ausgeschlossen, die Leistungsfähigkeit der Industrie muß darunter leiden. Sie wird in um so größere Schwierigkeiten geraten, als das Ausland durch die eingewanderten hochwertigen Arbeitskräfte in den Stand gesetzt wird, eine dem deutschen Unternehmen sehr unangenehme Konkurrenz zu entwickeln. Vielleicht kommen sie dann zur Einsicht, daß es klüger gewesen wäre, rechtzeitig einzulernen. Nur dürfte es dann zu spät sein!

-tt-

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Aber die Sitzung der Sekretariatskommission am 20. Mai 1925 ging uns folgender Bericht aus Bern zu:

Die Einladung des Belgischen Typographenbundes zu seinem 53. Jahreskongress in Mofst wird verdankt und der Sekretär abgeordnet. Die Einladung des Schweizerischen Typographenbundes zu seiner in Genf stattfindenden ordentlichen Generalversammlung wird verdankt und Kollege Stubbächer als Vertreter des Internationalen Sekretariats abgeordnet. Die Einladung des Norwegischen Zentralvereins für Buchdrucker zu seinem in Oslo stattfindenden Kongress wird verdankt und der Sekretär abgeordnet. Eine auf die Offsetfrage Bezug habende Angelegenheit wird des längeren erörtert und befristet, den weiteren Bericht des betreffenden Verbandsvorstandes abzuwarten. An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Brönnimann wird Kollege Hans Huber zum Rechnungsrevisor bestimmt. Das Sekretariat gab Kenntnis von einer internen Angelegenheit eines Verbandes. Es wurde beauftragt, mit den kompetenten Instanzen in Verbindung zu treten, um eine Verständigung zu erzielen. Auf Anfrage eines Mitgliedes der Sekretariatskommission teilte das Sekretariat weiter mit, daß die Tarifverhältnisse der Buchdrucker in Dänemark für das laufende Jahr wieder geregelt sind. Nachdem die Kopenhagener Tarifbewegung durch Annahme des neuen Tarifs zum Abschluß gebracht war, wurde der Provinztarif auf ein Jahr verlängert und dieser läuft bis 1. Juli 1926 weiter. So sind die Buchdrucker vom Grobkampf in Dänemark nicht erfaßt, der durch die Unnachgiebigkeit der Metallindustriellen und den daher unvermeidlichen Sympathiestreik der Transportarbeiter nun eine weitere Verschärfung erfahren hat, nachdem schon eine Beilegung des ganzen Konfliktes vorauszusetzen war. So mit ist materielle Unterstützung weiter vonnöten, um den im Kampfe stehenden dänischen Arbeitsbrüdern zum Siege zu verhelfen.

Österreich. Nachdem vor längerer Zeit bereits die Kündigung des Tarifs von Prinzipalsseite erfolgt ist, um angeblich eine Revision verschiedener tariflicher Bestimmungen durchzuführen, liegt nunmehr eine Tarifvorlage der Prinzipale vor, von der der Wiener „Vorwärts“ sagt, daß sie ihresgleichen nur in jener Vorlage hat, die im Jahre 1913 der Gehilfenschaft von der Prinzipalsität präsentiert wurde. Wiederum spricht wie damals, wo ein schwerer Kampf im österreichischen Buchdruckerberufe entbrannte, nackter, brutaler Unternehmerabsolutismus aus den aufgestellten Forderungen. Neben Verschärfungen materieller und ideeller Art stehen in der Prinzipalsvorlage noch das Verlangen nach Einführung des Auslesehens und der Kurzarbeit, die Abschaffung von fünf Festtagen, die Erhöhung der wöchentlichen Präsenzabzahl im Berechnen als Maßstab auch für die Wochenleistung des Gewerkschafters, die Einführung des Verechnens an den Festtagen, das Verbot allgemeiner außerordentlicher Zulassungsordnungen und die Fortsetzung einer fünfjährigen Tarifdauer bei gleichbleibenden Lohnsätzen. Wenn auch manche der von Prinzipalsseite aufgestellten Forderungen

als taktische Maßnahme bzw. Handelsobjekt zu bewerten ist, so verschärft die provokatorisch wirkende Preispaßvorlage die tarifliche Situation doch derartig, daß die demnächstige Entscheidung über Krieg oder Frieden im österreichischen Buchdruckgewerbe gewissermaßen auf des Messers Schneide gestellt zu sein scheint.

Holland. Die günstige Lage im deutschen Buchdruckgewerbe, über die im „Graafsch Weekblad“ öfters geschrieben wurde, hatte einige arbeitssüchtige Kollegen dazu veranlaßt, sich für eine Reise nach Deutschland zwecks Konditionsannahme bereit zu machen. Es wurde ihnen aber vom deutschen Konsulat die Einreiseerlaubnis verweigert mit der Begründung, daß sie Arbeitsuchende seien. Nur denjenigen, die Ausweise vorzeigen können, aus denen hervorgeht, daß sie in Deutschland gleich in Stellung treten, wird ein Visum erteilt. Dieses Verhalten der deutschen Konsulatsbeamten wird zu rechtfertigen gesucht mit der Behauptung, die holländischen Behörden machten es den deutschen Arbeitern gegenüber ebenso. Das holländische Verbandsorgan aber bezeichnet diese Behauptung als unzutreffend. Es sei in Holland eine größere Zahl männlicher und weiblicher deutscher Arbeitskräfte beschäftigt, die ohne Schwierigkeiten über die Grenze gekommen seien. Der Vorstand des Buchdruckerverbandes habe sich deshalb mit einem Schreiben an den Minister des Äußern gewandt mit der Bitte, zur Befreiung dieser Schranken seinen Einfluß geltend zu machen. Auch das Internationale Buchdruckersekretariat habe der Vorstand von der Sache in Kenntnis gesetzt. Von diesen Schritten aber sei, wie das Verbandsorgan bemerkt, kein positives Resultat zu erwarten. Daß die holländische Regierung sich in dieser Angelegenheit für die Arbeiter einsetzen werde, sei fast ausgeschlossen, und auch das Internationale Buchdruckersekretariat werde an der Sache wohl wenig ändern können. Der betreffende Redaktionsartikel im „Graafsch Weekblad“ beschäftigt sich weiter in Zusammenhang mit dieser Angelegenheit mit der Frage des Visitums, das nach Ansicht des Verfassers durch das Verhalten der deutschen Behörden nun ziemlich ins Gedränge kommt; dabei hätten gerade die deutschsprachigen Nationen die Erhaltung des Visitums immer leidenschaftlich beifürwortet. Vernünftig und erklärlich sei es, wenn sie Arbeiter an der Einreise zu verhindern suchen aus Besorgnis, in denen in Deutschland Arbeitslosigkeit herrscht. Im deutschen Buchdruckgewerbe jedoch fehle es gegenwärtig an Arbeitskräften. Allerdings können für die Einstellung in deutschen Druckereien nur solche Gehilfen in Betracht kommen, die die deutsche Sprache beherrschen. Wie uns indes aus rheinischen Städten und namentlich vom Gauvorort Köln verschiedentlich mitgeteilt wurde, ist das bei der aus Holland zureisenden Kollegen nur zum kleinsten Teile in ausreichendem Maße der Fall, weshalb sie bald wieder die Heimreise antreten müssen. Die Arbeitsweise ist im deutschen Buchdruckgewerbe eine intensivere als in manchen andern Staaten, namentlich liegt in der Zeit der Hochkonjunktur. Dieser Umstand macht die ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache, insbesondere ihrer Grammatik und Orthographie, zumal für ausländische Seherkollegen erst recht zur unbedingten Notwendigkeit.

Dänemark. Nachdem der Tarif für das Buchdruckgewerbe glücklich abgeschlossen worden war, ist ein lange drohender Streik am 1. April in einer Reihe von andern Berufen ausgebrochen. Der Verbandsvorstand hat daher vom 24. April ab einen Extrabeitrag von 8 Kr. wöchentlich für Gehilfen und 4 Kr. für Hilfsarbeiter ausgeschrieben. Der ordentliche Wochenbeitrag wurde dagegen vom 1. April um 50 bzw. 25 Ore herabgesetzt.

Norwegen. Die Frage des Zusammenschlusses der graphischen Verbände zu einem graphischen Syndikatverband ist von einer aus den Vertretern der drei in Betracht kommenden Verbände bestehenden Kommission behandelt worden. Es haben sich in dieser Kommission zwei gleichstarke Gruppen gebildet. Die eine schlägt vor, die jetzigen drei graphischen Verbände zu einem graphischen Industrieverband zusammenzuschließen, der seine Tätigkeit vom 1. Januar 1927 beginnt. Die andere Gruppe dagegen schlägt vor, die jetzt bestehende Organisationsform innerhalb der graphischen Fächer beizubehalten. Den drei Verbänden wird empfohlen, die Kartellwirksamkeit auszubauen, eventuell durch Festsetzung eines kleineren festen Beitrags. Der Vorstand des norwegischen Verbandes schloß sich mit sechs gegen eine Stimme dem letzteren Vorschlag auf Beibehaltung der jetzigen Organisationsform an.

Finnland. Das finnische Organ des graphischen Industrieverbandes veröffentlichte vor kurzem den Jahresbericht über 1924. Er brachte eine Übersicht über die Entwicklung der Organisation seit dem Zusammenschluß im Jahre 1922. Danach waren 1924 61 Proz. aller graphischen Arbeiter organisiert, gegen 49 Proz. im Jahre 1922. Am besten ist das Verhältnis bei den Maschinen- und Handschreibern mit 87,5 Proz., bei den Druckern mit 76 Proz., bei den Steindruckern mit 67 Proz.; von den Buchbindern sind nur 40 Proz. organisiert. Die unbedeutendste Gruppe der Lithographen hat nur 20 Proz. Organisierte. Die Beiräte der einzelnen Berufsgruppen wählen in dieser Aufstellung mit.

Großbritannien. Eine bedeutende Ausstellung der modernsten Druckmaschinen usw. ist neulich in der Royal Agricultural Hall in Wexham bei London eröffnet worden. Sie bildet einen Sammelplatz für alle an der technischen Entwicklung im englischen Buchgewerbe interessierten Kreise. Die Ausstellung ist beinahe gänzlich dem Maschinenwesen des Buchgewerbes gewidmet (Bücher und Druckmaschinen sind nur selten zu sehen), und es läßt sich an der Ausstellungsoberfläche die technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe des Inlandkreises deutlich erkennen. — Das neue Abkommen im Papier- und Buchbindergewerbe Londons, von dem wir schon verschiedentlich berichtet haben, scheint glatt durchgeführt zu werden, eine annehme Tabelle auch für die Buchdrucker, denen das Abkommen hier und da kleine

Vorteile brachte hinsichtlich der Arbeitsweise an gewissen neuen Maschinen. Im Verlaufe zu der jüngsten Aufnahme des Londoner Abkommens bei allen Beteiligten stößt ein neues Arbeitsabkommen im Zeitungs-gewerbe der englischen Provinz auf außerordentliche Schwierigkeiten, obgleich das Abkommen vor kurzem von beiden Seiten bestätigt worden ist. Die meisten großen Zeitungsdruckereien setzen der Annahme scharfen Widerstand entgegen, weil ihnen die neuen Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohn zu weitgehend sind. Allerdings wird es ihnen nicht leicht werden, auf die Dauer dem Druck der Gehilfenschaft standzuhalten, zumal die Verhandlung dahintersteht. — Die Beschäftigung im Londoner Buchdruckgewerbe ist heute gut, in der Provinz dagegen nur mittelmäßig. Es herrscht eine allgemeine Nachfrage nach Druckmaschinen, und die Aussichten für den Sommer sind günstig. — Die alle drei Jahre stattfindende Delegiertenversammlung des Provinzverbandes findet im nächsten Monat in Lowestoft, einem kleinen Ort an der Ostküste Englands, statt. Das lebendige Interesse der Kollegenschaft an dieser Tagung erhöht sich mit jeder Woche, und allem Anschein nach werden die Debatte dieses Mal lebhafter sein als es gewöhnlich der Fall war. Zeitungsfragen werden im Vordergrund der Beratungen stehen. — Aus dem englischen Zeitungs-gewerbe verdient Erwähnung, daß Kollege Senior, Faktor in der Druckerei der vorderenglischen Zeitung „Huddersfield Examiner“, neulich sein 70jähriges Jubiläum feierte hat. Besonders erwähnenswert hierbei ist die Tatsache, daß der Jubilar die ganze Zeit über in Kondition bei ein und derselben Firma gewesen ist. Im Frühling des Jahres 1855, kurz nach der Gründung der Zeitung, trat er in die genannte Druckerei ein; 14 Jahre später wurde er Faktor, und seitdem hat er diese Stelle ununterbrochen bekleidet. Kollege Senior erfreut sich noch ziemlich guter Gesundheit.

Griechenland. Unter Hinweis auf unsere Berichte über die wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse Griechenlands in den Nr. 2 und 37 des laufenden Jahrgangs sei heute noch von einer weiteren Zuschrift eines deutschen Kollegen aus Athen Notiz genommen. Darin wird gewarnt vor der Annahme einer Kondition bei der Firma Dimitrios & Petro Dimitrakos in Athen. Diese Firma versucht, Monopolgelder und Drucker aus Deutschland heranzuziehen, denen sie hohe Löhne verspricht. In Wirklichkeit sind die angebotenen Löhne niedriger als die der griechischen Kollegen, weil diese ab und zu versteckte Beihilfen bekommen, von denen die Deutschen nichts gewahr werden. Die Behandlungsweise in der genannten Firma ist einfach skandalös. Wegen kleiner Vorkommnisse im Betrieb werden Geldstrafen verhängt, die es unter Umständen den davon Betroffenen kaum ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Korrespondenzen

Ortelsburg (Ostpr.). Anlässlich der Gründung des Ortsvereins Ortelsburg war am 3. Mai die Kollegenschaft des früheren Bezirks Allenstein zu einer Kapitulationsversammlung nach Ortelsburg geladen. Vertreter waren die Kollegen von Allenstein, Osterode, Neidenburg, Bischofsburg, Ortelsburg. Als Vertreter des Gaus erschienen die Kollegen Reiser und Krause. Der Vorsitzende des neugegründeten Ortsvereins begrüßte die anwesenden Kollegen, insbesondere die Vertreter des Gaus, und gedachte des verstorbenen Kollegen Grigfa (Allenstein). Gauvorsteher Reiser überbrachte dem neugegründeten Verein, der 17 Mitglieder zählt, die herzlichsten Glückwünsche des Gaus, dankte den Namen der Ortelsburger Kollegen, die als Vorkämpfer der Treue und Zusammengehörigkeit dem jungen Verein ein Eckstein überreicht haben, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der junge Verein blühen und gedeihen möge zum Wohle der Kollegenschaft sowie des Verbandes. Der Vorsitzende des Ortsvereins Allenstein schloß sich diesen Ausführungen an und überreichte als Angebinde eine Gipsbüste unfers Meisters Gutenberg. In dem nun folgenden Vortrag „Gewerkschaftliche und wirtschaftliche Streiklichter“ entwickelte Referent Reiser ein Bild von einst und jetzt, dabei unsern Verband und unsere Unternehmerschaft besonders gegenüberstellend. Daß der Vortrag im Sinne aller Versammlungsteilnehmer gehalten war, zeigte der reiche Beifall. Nach der gemeinsamen Mittagstafel trat man in den gefelligen Teil. Mandl' Wieder erklang, manch' Schöpfung wurde geleert.

Posen. Am 2. Mai feierte der Ortsverein Posen im Verbands der Deutschen Buchdrucker in der Republik Polen sein 60jähriges Bestehen, verbunden mit der 60jährigen Berufsjubiläumfeier der beiden Kollegen Th. Kleske und St. Liberoski. Der Bromberger Kollegenverein „Gutenberg“ war vollzählig erschienen, auch mit einigen Damen. In Verbindung mit dem Posener Verein deutscher Sängere wurden erlesene Lieder ergott und Manarein vorgetragen. Es war eine Freude, zu sehen, wie die Chöre unter der bewährten Leitung ihrer Dirigenten Sopran und Kroll klappten. Nach der Begrüßungsansprache des Bezirksvorsitzenden Wiesner folgte die Ansprache des Verbandsvorsitzenden Spang. Reicher Beifall belohnte alle Ausführungen. Man folgte die Ehrung der beiden Jubilare, die außer einem geschmackvoll einnehmenden Diplom noch jeder ein namhaftes Geschenk erhielten. Es folgte die Vereisung der einmütigen Glückwünschegramme und -schreiben, wovon wir besonders der vom Gauvorsitzenden unfers Mutterverbandes aus Berlin sowie der Kollegen aus Danzig und Oberschlesien Erwähnung tun wollen. Von nicht unmaßvollen Posener Kollegen waren Glückwünsche einzufließen, auch vom Posener Handwerkerverein und einzelnen uns wohlwollenden Freunden. Unser polnischen Kollegen, soweit sie anwesend waren, brachten ebenfalls ihre Glück-

wünsche dar. Das Fest verlief in voller Harmonie. Auch der Humor und die alte Buchdruckergermütlichkeit kamen voll zur Geltung. Bis zum frühen Morgen wurde das Lanzeln geschwungen. Der Posener Vorstand spricht auch hiermit allen, die den Gesängen unserer Jubiläumssfeier beigetragen haben, den herzlichsten Dank aus. Desgleichen übermitteln die Jubilare ihren besten Dank für die erwiesenen Aufmerksamkeiten. Es wird ein Erinnerungstag bleiben für jung und alt. — Ein Frühshoppen vereinigte am Sonntagvormittag nochmals die Bromberger und Posener Kollegen. Nachmittags wurde die Posener Messe besucht. Für die Gratifizierung der gediegenen Druckmaschinen sei der Posener Buchdrucker „Concordia“ auch an dieser Stelle gedankt.

Quatschbrück. Am 10. Mai trafen hier die Mitglieder des Bezirks Osnabrück zur Frühjahrsbezirksversammlung zusammen. Der Besuch war trotz der unangünstigen geographischen Lage des Tagungsortes und des schlechten Wetters ein recht guter. Eingeleitet wurde die Versammlung durch Vorträge der „Typographia“ Osnabrück. Hierauf begrüßte Bezirksvorsteher Herlikus die Kollegen, insbesondere unsern Gauvorsteher Pfingsten (Hannover), und streifte alsdann die Vorgänge seit der letzten Bezirksversammlung in tariflicher und in organisatorischer Beziehung. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten folgte ein vorzüglich aufgebauter Vortrag des Kollegen Pfingsten über „Gewerkschaftliche Gegenwartsaufgaben“, der reichen Beifall auslöste. Den Kollegen wurde eine Menge von Anregungen und Pflichten mit auf den Weg gegeben. Als ein bedauerliches Zeichen ist es anzusehen, daß der Kassenbericht vom ersten Quartal infolge mangelhafter Ablieferung der Beiträge nicht gegeben werden konnte. Von allen Rednern wurde das Verhalten der in Betracht kommenden Kollegen scharf gerügt. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Osnabrück gewählt.

J. Zittau. Der Bezirk Zittau hielt am 10. Mai in Zittau eine Versammlung ab, die außerordentlich zahlreich besucht war. Vertreten waren außer Zittau Neugersdorf, Ebersbach, Reichenau, Herrnhut, Bernstadt, Scheibe und Großschönau; nicht vertreten waren Seiffhennersdorf und Ostritz. Eröffnet wurde die Versammlung durch ein Lied des Gesangsvereins „Gutenbergs“. Hierauf begrüßte der Vorsitzende Reichel die Anwesenden, insbesondere den Gauvorsteher Freitag (Dresden). Die Berichte aus den Bezirksorten waren, abgesehen von Herrnhut und Bernstadt, wo teilweise wenig erfreuliche Zustände herrschen, zufriedenstellend. Sodann hielt Kollege Freitag ein sehr interessantes Referat über „Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag und Gewerkschaften“. Die sehr sachlichen und leicht faßlichen Ausführungen wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An den Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache. Kollege Freitag ging in seinem Schlusswort teilweise auch auf die derzeitige politische Lage ein. Sodann gab Kollege Flor den Bericht über den Stand der Bezirkskasse. Danach sind die Kassenverhältnisse zurzeit günstig. Unter „Verchiedenem“ kam man unter anderem auch auf die Fragebogen des Herrn Professors Selb zu sprechen; es ergaben sich infolge der bekannten Vorgänge auf Primaralseite Stimmen, die nun von der ganzen Sache nichts wissen wollten.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jähriges Verbandsjubiläum)

Kollege Michael Wipfler in Augsburg; jetzige Kondition: Hofbuchdruckerei von Gebr. Reichel in Augsburg.

Allgemeine Rundschau

Erhöhung des Druckpreiselarfs um 10 Proz. Die „Zeitschrift“ Nr. 42 enthält folgende Bekanntmachung: „Die Erhöhung der tariflichen Wochenlöhne um rund 15 Proz. sowie die anhaltende Steigerung aller Preise für Materialien und der Handlungsunkosten bedingen eine Erhöhung der Druckpreise um 10 Proz. Alle Verstellungspreise der 8. Ausgabe des Deutschen Buchdruck-Preiselarfs sind um 10 Proz. zu erhöhen. Zweckmäßig ist der Aufschlag bei der Endziffer der Berechnung vorzunehmen. So sehr eine Erhöhung der Buchdruckpreise vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu bedauern ist, so war sie doch nicht zu umgehen, ja, die vorliegende ist in ihrem Ausmaße noch nicht einmal ausreichend, zumal da die der Berechnung zugrundegelegten Löhne in der Praxis durchweg bedeutend überschritten werden.“ — Merkwürdig erscheint: den Aufschlag von 10 Proz. mit einer Lohnerhöhung von 15 Proz. in erster Linie zu begründen ohne nähere Erläuterungen; zunächst erhalten die Gehälter noch nicht einmal 10 Proz. Lohnerhöhung, und in fünf Wochen sind es zusammen auch keine 15 Proz. Außerdem sehen wir uns infolge der von der „Zeitschrift“ in der gleichen Nummer bekundeten Stellungnahme zum neuen Lohnsatz genötigt, festzustellen, daß der gesamte Lohnanteil an den Gestehungskosten im Buchdruckgewerbe (und zwar einschließlich der überrtariflichen Entlohnung) auch bei Einrechnung der letzten tariflichen Lohnerhöhung immer noch unter jenem der Vorkriegszeit bleibt. Den Versuch der „Zeitschrift“, eine Berechtigung dieser Preiserhöhung, die die Druckpreise um mehr als 100 Proz. über die Friedenspreise erhöht, aus den Lohnveränderungen abzuleiten, verdamnen wir daher als Irreführung der öffentlichen Meinung, zumal auch der heutige Stand der Großhandelspreise diese Entwicklung des Druckpreiselarfs nur als eine Inflation des Deutschen Buchdrucker-Vereins charakterisiert, die weder gewerkepolitisch noch volkswirtschaftlich zu rechtfertigen ist.

Hauptversammlung des D. B.-V. Der Deutsche Buchdrucker-Verein (Primaralsektion) hält am 6. September in Bad Kissingen seine Hauptversammlung ab.

„Reichsmark“ auf Wechselvordruden. Die „Papier-Zeitung“ berichtet: Da von Banken vielfach Wechsel mit der Währungsbezeichnung „R.-Mark“ oder „R.-M.“ beantragt und nicht angenommen wurden, hat der Verein Deutscher Geschäftsbücher-Fabrikanten, Berlin W 35, eine grundsätzliche Entscheidung durch das Reichsbankdirektorium herbeigeführt. Diese lautet: „Wechsel mit der Währungsbezeichnung „R.-Mark“ oder „R.-M.“ statt Reichsmark im Wechseltext sind nicht vom Ankauf ausgeschlossen, wünschenswert ist es jedoch, bei Neubrud von Wechselformularen im Wechseltext die Währungsbezeichnung „Reichsmark“ zu wählen.“

„Erwerbslosenzzeitung“ eingegangen. Die bisher in Krefeld erschienene „Erwerbslosenzzeitung“ wird, wie man der „Niederrheinischen Volkszeitung“ mitteilt, nicht mehr herausgegeben werden. Die Zahl der Leser ist immer mehr zurückgegangen.

Sonderausgaben des Reichskursbuchs. Anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Herausgabe des „Reichskursbuchs“ werden Sonderausgaben der drei ersten Teile des Werkes zum Preise von 2 Rentenmark für jeden Teil herausgegeben. Jedem Teile wird ein alphabetisches Verzeichnis der Eisenbahn-, Kraftwagen- und Dampfschiffstationen und als Ergänzungen die Zufahrtstraßen bzw. Übergangsstrecken beigefügt werden.

Vom Wert des Inserierens. Über Reklamepsychologie plaudert Dr. med. Max Grünwald aus Dortmund im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ recht erbaulich. Bei der Schriftgröße der Anzeigen ist zu beachten, daß gewöhnlich eine Zeitschrift in 25–30 cm Entfernung vom Auge gehalten wird. Der Wert des Raumes beim Inserieren hinsichtlich des bleibenden Bewußtseinsindrudes wächst nicht direkt wie die Zunahme des Flächeninhalts, d. h. ein größerer Raum, weniger häufig verwendet, wirkt stärker als ein kleinerer Anzeigenraum, der häufiger benutzt wird. Eine amerikanische Sentenz spricht sich folgendermaßen über die Folgen der Wiederholung von Anzeigen aus: Das erstemal übersteht man ein Inserat; das zweitemal merkt man es, liest es aber nicht; das drittemal liest man es, denkt sich aber nichts dabei; das viertemal sinnt man über die Sache etwas nach; das fünftemal spricht man darüber mit seinen Freunden; das sechstemal kommt der Gedanke, einen Versuch zu machen; das siebentemal kauft man!

Der Weltbedarf an Papier. In Amerika wie auch in Europa hat der Papierverbrauch in den letzten Jahren außerordentlich stark zugenommen. Der Gesamtverbrauch an Papier in der ganzen Welt betrug im Jahre 1924 nicht weniger als 8 Millionen Tonnen. Davon wurden beinahe 50 Proz. in Europa verbraucht, während der Rest sich in der Hauptsache auf Amerika verteilte. Die stärksten Verbraucher an Papier in Europa sind die Engländer, denen an zweiter Stelle die Scandinavier und erst danach die Deutschen folgen. Der Verbrauch in Amerika läßt sich durch die eigene Produktion allein nicht mehr decken, so daß Papier aus Europa, insbesondere auch aus Deutschland, eingeführt werden muß. Wie sich der Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung verteilt, zeigt eine interessante statistische Berechnung des „Export-Journals“. Danach ergeben sich folgende Ziffern: England 25 Kilogramm für den Kopf jährlich, Skandinavien 24, Deutschland 19,25, Schweiz 15, Holland und Frankreich je 14 und Österreich 11 Kilogramm. Als Papierproduzent steht Deutschland an der Spitze aller europäischen Staaten. Einen großen Teil des erforderlichen Papierholzes bezieht Deutschland heute wieder aus Rußland. Wie aus dem neuen „Prospekt der Exportwaren der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“ hervorgeht, hat die Einfuhr von Papierholz aus Rußland aber noch nicht die Friedenseinfuhr erreicht. Während 1913 von Rußland 41 827 000 Pud nach Deutschland ausgeführt wurden, betrug die Ausfuhr im Jahre 1923 nur 1 281 000 Pud. Die größten Papiermengen verschifften die großen Tageszeitungen mit ihren täglichen Liefersaufträgen.

Gefühnagsnachricht. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Eisenach des Deutschen Offiziersbundes hat sich erküht, an den Verleger der „Eisenacher Tagespost“, der Oberleutnant d. R. a. D. ist, das folgende Schreiben zu richten: „Verschiedene Veröffentlichungen der „Eisenacher Tagespost“, deren Verleger Sie sind, haben in den Kreisen des D. O. B. die Ansicht befestigt, daß die Auffassungen dieser Zeitung nicht den Grundauffassungen der Mitglieder des D. O. B. entsprechen. . . Die Grundauffassungen des D. O. B. sind neuerdings . . . in dem Merkblatt vom April 1925 niedergelegt. Diese sind als Ergänzungen der älteren Satzungen aufzufassen und für jedes Mitglieds verbindend. Em. Hochw. bitte ich daher, mir baldigst eine gefl. Äußerung darüber zukommen zu lassen, ob Sie diese Grundlagen rückstillslos anerkennen. Beibehaltenfalls würde die Folge sein müssen, daß in der „Eisenacher Tagespost“ keine Veröffentlichungen stattfinden, die diesen Auffassungen zuwiderlaufen. Verneinendenfalls bliebe Em. Hochw. nur der Weg des Austritts aus dem D. O. B.“ Der Verleger der „Eisenacher Tagespost“, Dr. Felix Kühner, war Manns genug, die Zumutung, sich in der Zeitung der „Eisenacher Tagespost“ von andern Rückstillsichten leiten zu lassen als denjenigen, die im Sinne seiner Überzeugung zum Wohl des deutschen Vaterlandes zu nehmen sind, entschieden abzulehnen.

Vom Journalistentag. Der Reichsverband der Deutschen Presse, die Berufsvertretung der deutschen Journalisten aller Parteien, hatte am 23. und 24. Mai in Berlin seine Delegiertenversammlung. Journalistengesetz und Normaldienstvertrag waren Schwerpunktsthemen der Beratung. Ebenfalls fand eine Art Manteltarif, der dieser Tagung zur Entscheidung vorgelegt wurde, lebhaftes Erörterung. In diesem Tarifwerk ist als leitender Grundgedanke auch von den Verlegern anerkannt worden, daß es Aufgabe der Zeitungen, also vor allem der Redaktionsarbeit, sei, öffentlichen Interessen zu dienen. Gestimmungswort darf nicht ausgespart werden. Als selbstverständliches wird vorausgesetzt, daß die Programme

der Parteien, denen die Zeitungen dienen, oder die von vornherein festgelegten allgemeinen Richtlinien für die redaktionelle Fassung bindend sind. Die Delegierten stimmten dem Tarifvertrag zu.

Streikarbeitspflicht der Beamten. Anlässlich eines Streiks von Eisenbahnarbeitern in Stuttgart im Frühjahr 1924 hatte sich das Reichsgericht mit der Frage zu befassen, ob Beamte verpflichtet sind, in Notstands-fällen Streikarbeit zu leisten. Das Reichsgericht bejahte in einem Urteil vom 17. März d. J. diese Frage. Welche Bedeutung die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft diesem Urteil beimibt, geht aus einem Erlaß vom 4. Mai hervor, der an alle Reichsbahndirektionen gerichtet ist und der mit der Feststellung schließt, „dass die Beamten für die Dauer eines vorübergehenden Notstandes nach dem Gesetz verpflichtet sind, Streikarbeit zu leisten, das heißt solche Arbeiten zu verrichten, die zur Dienstfähigkeit von Arbeitern, Angestellten oder Beamten nöthigen und deren Leistung von diesen auf Grund einer Arbeitseinstellung verweigert wird“.

Der Deutsche Bauhüttenrat in München. Der 5. Bauhüttenrat in München hat seine vornehmste Aufgabe darin gesehen, einen scharfen Trennungsschnitt zwischen Bauhütte und Produktionsgenossenschaft zu ziehen. Die Produktionsmittel in den Betrieben sollen nicht Privatpersonen, sondern der Allgemeinheit gehören, die Betriebe sollen nicht von Privatpersonen, sondern in Selbstverwaltung der Kopf- und Handarbeiter unter Kontrolle der baugewerblichen Gewerkschaften geführt werden. Die in den Betrieben von den baugewerblichen Kopf- und Handarbeitern geschaffenen Mehrwerte dürfen keiner Privatperson und auch keiner Gruppe von Privatpersonen, sondern nur der Allgemeinheit zugute kommen. Dadurch unterscheidet sich die Bauhütte recht wesentlich von der Produktionsgenossenschaft. Ihr Zweck ist nicht die Förderung des Gewerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, sondern der Dienst an der Allgemeinheit. Den bei der Bauhütte Beschäftigten sollen die Vorteile, die diese im Rahmen der Gesamtwirtschaft erzielt, nicht mehr und nicht weniger zugute kommen als allen andern Volksteilen. Das Recht an der Mitwirkung der Verwaltung des Betriebes gründet sich bei der Bauhütte auf das Arbeitsverhältnis und nicht, wie bei den Genossenschaften, auf die Beteiligung des Kapitals und auf die Mitgliedschaft. Den Plänen, aus einem, dem Verband Sozialer Baubetriebe angeschlossenen Baugeschäft auf trockenem Wege ein Privatunternehmen zu machen, hat man in München einen festen Riegel vorgeschoben. Es ist nämlich eine straffe Zusammenfassung der in fast allen größeren Städten vorhandenen Einzelbetriebe in die Wege geleitet. Durch ein System von Kontrollbeamten wird die Tätigkeit der Bauhütten dauernd überwacht, und die Abtretung der Organisationsgrundzüge wird unter Umständen mit dem Ausschluss bestraft. Die Münchner Entschliebung ist nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern ein Beweis für die gerade Linie der Bauhüttenbewegung, die das Prinzip der Gemeinnützigkeit als ihren obersten Grundsatz betrachtet.

Die reichsbeherrschte Behörde. Das Berliner Einwohnermeldeamt hat im Durchschnitt nicht weniger als 24 000 Eingänge täglich zu erledigen. In diesem Zweck stehen ihm 300 Beamte in 88 Räumen zur Verfügung. Die in dem Meldeamt aufgestellten Kartotheken enthalten über 24 Millionen Namen. Mehrere Beamte haben allein mit je einem einzigen Namen zu tun, nämlich mit Müller, Krause, Schulze usw., die allein in je einer viertel Million Stück vorkommen.

Stendekalender. Das soziale Elend unseres Volkes kommt so recht in statistischen Berechnungen zum Ausdruck, über die Dr. Nürre in der „Zeitschrift für Standesbeamte“ berichtet. Nach diesen gewissenhaften Berechnungen gibt es zurzeit in Deutschland 210 000 Geisteskrante, 90 000 Epileptiker, 300 000 Alkoholtränke, 370 000 Verkrüppelte, 50 000 Taubstumme, 30 000 Blinde, 1 000 000 Tuberkulöse, 71 000 minderjährige Kinder in Zwangserziehung, 58 000 zu Gefängnisstrafen verurteilte Kinder. Diese Zahlen sprechen eine sehr deutliche und mahnende Sprache, daß sich jedes weitere Wort dazu erübrigt.

Tumult in der Kirche. Eine Kundgebung der Alkoholgegner in der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin wurde von Anfang an in empfindlicher Weise gestört. Der Redner, einer der Geistlichen der Kirche, wurde niedergeschrien. Schließlich mußte die Versammlung, deren Fortführung sich als unmöglich erwies, geschlossen werden. Trotzdem drangen einige Tumultuierende nach vorn und bedrohten unter wüsten Schmährufen die Vertreter der Gemeinde, bis die Polizei die Kirche räumte.

Tribüna! der metrischen Maße. Ende Mai 1878 kam in Paris die sogenannte Meter-Konvention zum Abschluß, die dann am 1. Januar 1879 in Kraft trat. Dieses internationale Abkommen hat eine ungeheure Bedeutung für das internationale Wirtschaftsleben, indem es sowohl für die Längenmaße wie auch für die Gewichtsmasse Einheiten geschaffen hat, die in der gesamten Kulturwelt anerkannt und mit Ausnahme der englisch sprechenden Länder eingeführt sind. In der „Deutschen Optischen Wochenchrift“ lesen wir hierzu: Die Meter-Konvention besagt kurz zusammengefaßt, daß die vertragsschließenden Mächte die in Paris befindlichen Urmaße (die sogenannten Prototypen) des Meters und des Kilogramms als Grundlage für ihre Maße und Gewichte anerkennen und ihre nationalen Prototypen von der Internationalen Meter-Konvention beziehen. Nach diesen nationalen Prototypen erfolgt dann in den einzelnen Ländern die Eichung der im Wirtschaftsleben im Gebrauch befindlichen Maße und Gewichte, so daß erreicht wird, daß innerhalb der vertragsschließenden Mächte einheitliches Maß und Gewicht vorhanden ist. Der Meter-Konvention gehören heute 30 Staaten an, darunter auch solche, in denen das metrische System nicht gesetzlich, sondern nur zugelassen ist, wie Kanada, England, U. S. A., und solche, in denen es erst in den letzten Jahren eingeführt ist, wie Japan und Rußland. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß neuerdings erfolgreich der Ver-

such unternommen wurde, sich bei der genauen Längeneinstimmung von den künstlich hergestellten Maßstäben, den Prototypen, frei zu machen und die Längeneinheit auf „natürliche“ Einheiten zurückzuführen, und zwar auf die Wellenlänge gewisser Spektrallinien, die ein unänderliches und jederzeit in gleicher Größe wieder herzustellendes Maß darstellen. Auf diesem Gebiet ist Deutschland hervorragend tätig.

Literarisches

„Geschichte der Schmalzine.“ Bearbeitet von Otto Söhne, Berlin. 210 S. Großkoll. Die vor nahezu 600 Jahren gemachte Erfindung Gutenberg's blieb in ihren Grundzügen fast bis in die neuere Zeit wenig verändert. Die Maschine, die in andern Gewerben oft eine völlige Umwälzung brachte, sollte dem Schriftsetzer noch lange vorerhalten bleiben. Erst vor einigen Jahrzehnten wurde sie auch für ihn zu einer ersten Gefahr. Heute gibt es Tausende von ehemaligen Handwerker Gelegenheiten zu emigrieren. Viele von ihnen haben sich aber schon mit der Geschichte der Schmalzine und dem Leben ihrer Erfinder beschäftigt. Ein ausgezeichnetes Buch, das beruht ist, die Kunde in dem Bereich der Berufsarbeiten auszufüllen, ist jedoch im Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker erschienen. Der Verfasser Otto Söhne (Berlin) ist der Hauptteil mitbestimmend. In chronologischer Anordnung gibt er eine Übersicht über die Entwicklung der Schmalzine an das Schicksal ihrer Erfinder. Der Versuch, eine Geschichte der Schmalzine zu schreiben, ist zwar nicht neu. Vor einem Vierteljahrhundert beruhten sich bereits verschiedene Autoren an sie. Seit dieser Zeit hat das Schmalzinenwesen aber eine solche Bedeutung erlangt, daß eine Darstellung, wie sie im vorliegenden Werk gegeben wird, zum Verbot der Zeit wurde. Obwohl die erste Ausgabe der Schmalzine im Jahre 1840 erschien, ist die Schmalzine in Amerika erteilt worden, ist 1840. Eine frühe geistige Arbeit und Unsumme Geldes hat für das Problem der Schmalzine angewendet worden. Das vorliegende Buch erzählt außer der Geschichte auch eine genaue Beschreibung aller seiner Schritte, die eingang in die Werkstatt der Buchdrucker gefunden haben. Besonders hervorzuheben werden die Maschinen, die von praktischer Bedeutung für das Gewerbe waren. Es wird das Wert seinem Zwecke voll gerecht. Ein lobenswerter Fleiß und Eifer hat der Verfasser Klein auf Klein gesammelt und so ein geschichtliches Gebäude von dem Werden der Schmalzine errichten lassen, das die Aufmerksamkeit der gesamten Fachwelt beansprucht. Hervorgehoben sei die große Schmalzine, mit der die Technik der Maschinen und ihrer Teile behandelt ist. Unterstützt wird der textliche Teil durch 112 Illustrationen, die fast jede Maschine und deren wichtigste Teile dem Leser näherbringen. Das Buch ist gerade für Deutschland, wo durch die Monopolstellung einiger übertragender Systeme wenig Kenntnis von dem im Ausland verbreiteten andern Systemen herrscht, wertvolles Bedürfnis. Die Aufzählung dieses Buches können wir nur empfehlen. Es ist für den Preis von 5 M. vom Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Verlag, Sadowystraße 8, zu beziehen.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften. Herausgeber Theodor Reipart. Das fünfte Heft dieser im zweiten Jahrgang erscheinenden Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftsstande bringt folgende Artikel: „Berufsorganisationen oder Industrienerbände“ (Robert Dillmann), „Das Arbeitsmarktwirtschaftsproblem in Deutschland“ (Franz Epfeld), „Sozialistische Wirtschaftsordnung und christliche Weltanschauung“ (Bernhard Güting), „Gewerkschaftliche Zweckbildung und Akademie der Arbeit“ (Franz J. Hartmann), „Gewerkschaftspolitik des Arbeiterkapitals“ (Dr. Aug. Martin Wagner), „Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs im Jahre 1924“ (Dr. Rudolph Grünfeld), „Kollektivverträge in Österreich“ (H. Böhlinger), „Aufbau und Abbau in der Sozialversicherung“ (Karl Schmidt). Eine reichhaltige Rundschau verknüpft den gegebenen Inhalt des Heftes. „Die Arbeit“ ist zu beziehen durch die Verlagsanstalt des DDB, G. m. b. H., Berlin S 14. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 3 M., für Organisationsmitglieder 2,40 M., der Preis des einzelnen Heftes 1 M., für Organisationsmitglieder 80 Pf.

Briefkasten

D. D. in G.: Für prompte Bereinigung der „Ruhendende“ Dank und Anerkennung. — Fr. C. in M.: Groß. Dank für energische Bemühungen, die Mitgliedschaftskarte zum richtigen Gau aus zu vervollständigen; bis Ende Mai waren aber erst drei Mitglieder eingetroffen. — W. B. in P.: Ein prächtiger Bericht mit kleinen Kürzungen laune er passieren. — Fr. H. in G.: Bekan Dank für Heranzahlung der noch verbleibenden Mitgliedschaften zur Statistik. — M. R. in B.: Besonderen Dank für die Angaben über den ehemaligen Gau Posen. — D. B. in R.: Dank allerdings können wir ruhig lassen. Groß. — Fr. C. in G.: Inf. Inf. 21: 2,10 M. — G. B. in M.: Inf. 21: 2,40 M. — M. R. in D.: Betrag von 4 M. erhalten, fehlen noch 80 Pf.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Chausseeplatz 511. Fernruf: Amt Kurzfäh Nr. 1192. Postfachkonto: Berlin Nr. 192887 (B. Schmidt)

Graue Statistikarten einfinden!

Spätester Einfindungstermin für Mai: 6. Juni. Eichung für die Führung der Arbeitslosen: 30. Mai. Auf richtige Frankierung der Statistikarten ist zu achten!

Schleswig-Holstein. Der Ecker Jakob K r n s o d aus Wien (Hauptbuchnummer 113 501) hat einen in Kiel am 10. April erhaltenen Vorwurf von 3,50 M. bis heute nicht erstatet. Der Ecker Jakob K r n s o d aus Schwelm (69 733) hat in Hensburg vom 18. Februar bis 14. März gearbeitet, ohne sich bei der dortigen Verwaltung zu melden und Beiträge zu zahlen; sein Buch liegt in Kiel. Die Funktionäre werden gebeten, die obengenannten Kollegen an die Einholung ihrer Verpfändungen zu erinnern, da sonst Ausschluß gegen sie beantragt werden wird. Adressen an W. T i l l e n e r, Kiel, Schulmeisterstr. 11, 11, 115.

Rheinland. Der Drucker Otto S e l g e r (Hauptbuchnummer 21 470) geb. in Sachsch am 6. Oktober 1921, wird hiermit aufgesordert, seine Karte zu begleiten, andernfalls Ausschluß beantragt wird. Die Funktionäre werden gebeten, den betreffenden Kollegen auf diese Karte aufmerksam zu machen.

Rosburg. Die Differenzen bei der Druckerei W. Wittmann in Rosburg sind beigelegt, die Sperre somit aufgehoben.

Adressenveränderungen

Hans-J. R. Korfänder: Joh. Feu n e r, Eberstraße, 1. Wörs, Postknoten: Otto S t e n d e r, Kaiserstraße 33.

Versammlungskalender

Rosburg. Mitteilerversammlung Emsland, den 6. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus.
Köln. Maschinen- und Buchdruckerverbandsversammlung Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus.
Krefeld. Bezirksversammlung Emsland, den 6. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Postfach 41.
Stettin. Maschinen- und Buchdruckerverbandsversammlung Sonntag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr im Arbeiterpalast in Krefeld, Postfach 41.

Anzeigengebühr die sechsseitige Zeile 15 Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen sonstige Anzeigen 75 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt

Anzeigen

Annahmestellen: Dienstag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufnahme ausschließlich nur durch Einzahlung auf Postfach (Leipzig Nr. 613 2b).

Kreis Hannover der Drucker im Verbands der Deutschen Buchdrucker

2. Niedersächsischer DRUCKERTAG

Programme:
Von 6 Uhr morgens an: Empfang der Teilnehmer am Bahnhof. Anschließend Spaziergang durch die Stadt und Frühstück im Tagungslokal.
9 Uhr morgens: Beginn der Tagung.
Tagungsordnung: 1. Begrüßung und Mitteilungen, 2. Die Spartenbewegung der Drucker. Referent: Spartenverfasser Kollege Bruno Adernann (Berlin), Mitglied des Verbandsvorstandes, 3. Filmvortrag: Ein Rundgang durch eine moderne Schnellpressenfabrik (Frankenthal), 4. Beratung etwaiger Anträge. — Verschiedenes.
Hierauf Besichtigung der Druckmaschinen-Ausstellung. Anschließend gemeinschaftl. Mittagstafel (Gedek 2 M.). In den Nachmittagsstunden, je nach Wahl: Besichtigung der Stadt, der Ausstellung „Helm und Scholle“ oder der Weltmannschen Druckerei. Nachm. 4 1/2 Uhr: Gemütliches Beisammensitzen mit vorzüglichem Programm und Überraschungen sowie nachfolgendem Festball. Während der Tagungsstunden beschäftigen die Damen unter Führung der Sehenwürdigkeiten der Stadt. Wegen evtl. Unterkunft und der Teilnahme an der Mittagstafel wolle man sich bis spätestens 7. Juni an den Kollegen F. Brauns, Braunschweig, Karlsstr. 25, wenden.

Verein Dresdner Drucker

Sonnabend, den 6. Juni, abends 6 1/2 Uhr: Versammlung im „Volkshaus“ (Zaal 2), Borsitz über: „Die Zylinder-schnellpresse“ von der Sächsischen Druckmaschinenfabrik, Herr Ingenieur Sparrer.
Sonntag, den 7. Juni: Frühjahrsparade nach Borsitz. Das selbst im Gasthof „Zum Ergerich“ Tanz, Abfahrt nachmittags 1,14 Uhr vom Hauptbahnhof bis Tharandt, von da Wanderung. Es ist Sonntagkarte bis Edel Krone für 60 Pf. zu lösen.
Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr: Besichtigung der sächsischen Feuerwerke, Dresden-St. Treßen 9,30 Uhr im Restaurant „Vulkenhof“, Vulkanstraße 1. Mitglieds-karte gilt als Ausweis.
Um zahlreiches Erscheinen zu allen Veranstaltungen ersucht
Der Vorstand.

Zum Johannistage! 6 Praloge 1 M., Verbandsnadeln 1,25 M., Wappennadeln 1,20 M. und 2 M., Wappel 0,50 M., Wappel 5 M., Wappel 1, 2, 3, 4 M. per Meter, Schleißen 50 und 75 Pf., Gauschleife 0,75, 1,50, 2,10 M. Bitte Prospekt mit Abbildungen zu verlangen!
H. Egel, München 9, Columbusstraße 1

Geschulte Werkseher

erfahren im Umriss und in der Verarbeitung des Maschinen-sches (Monotype und Typograph) finden in unserm Groß-betriebe dauernde und angenehme Stellung. [148]
Angebote mit Alter, Zeugnisabschriften und Lohnanspruch an die
Petersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (Thür.).

Drei Geher

für Inkrate, Werk und Klitzgen sowie ein [233]
Linotypegeher
für Multi-Magazin finden dauernde Beschäftigung bei über-tariflicher Bezahlung.
Ermündliche Zeitungs- und Verlagsdruckerei, Braunschweig (Ostpr.).

Einige tüchtige Schriftseher

zwei erstklassige [212]
Maschinenmeister
sowie gesucht.
J. J. Weber, „Illustrierte Zeitung“, Graphische Kunst-anstalten, Leipzig.

Tüchtiger Schriftseher

für Klitzgen- und Katalogsah zum sofortigen Eintritt ge-sucht. Angebote mit Angabe des Alters und der bisherigen Tätigkeit erbeten an [250]
Gottl. Schmidt, Remscheid.

Klitzgen- und Anzeigenseher

stellt ein [215]
E. M. Monse, Dauten.

Zum sofortigen Eintritt zwei tüchtige
Anzeigenseher und Klitzgenseher
ge sucht. Angebote mit Ansprüchen an [226]
„Kolberger Zeitung für Pommern“, Kolberg (Ostseebad).

Einflussiger Linotypegeher
in gutbezahlte Dauerstellung als Kleingehrer sofort gesucht. „Sonndorfer Volksblatt“, Sonndorf (Schwarzw.). [242]

Einige tüchtige unverheiratete Katalog- und Klitzgenseher
finden dauernde Stellung bei liberalistischer Bezahlung. Angebote mit Angaben des Eintritts wolle man richten an J. M. Seefische Buch- und Kunstverleger, Korbach (Hüftele). [242]

Tüchtiger zuverlässiger Klitzgenseher
findet sofort angenehme, dauernde Stellung. [257]
Richard Veltz & Sohn, Buchdruckerei, Adelsheim i. Bad.

Mehrere tüchtige Klitzgenseher
können sofort Dauerstellung finden bei [253]
Edward Klein, Chemnitz, Geschäftsbüchsenfabrik.

Linotypegeher
stellt sofort ein [216]
E. M. Monse, Dauten.

Tüchtiger Linotypegeher
sowie gesucht. [228]
„Neues Mannheimer Volksblatt“, Mannheim.

Tüchtiger Typographseher
A. für guten Werk- und Klitzgenfach bei guter Bezahlung in angenehme Dauerstellung ge sucht. [229]
Buchdruckerei Meyerheim, Brandenburg (Havel).

Tüchtiger Monotypegeher
für D-Taster (keine Anfänger) zum baldigen Eintritt in an-genehme Dauerstellung bei guter Bezahlung ge sucht. Bei-er-schuldigung und eventuelle spätere Anzugskosten werden von uns übernommen. [223]
R. Bagel H.-G., Düsseldorf, Grafenberger Allee 69.

Tüchtiger Geherstereotypseher
für sofort ge sucht. [230]
Edward Quack, Könligsberg i. Pr., Vorderer Vorstadt 32.

Tüchtiger Schweizerdegen
in Dauerstellung ge sucht. Stelle wird vergütet. [211]
Weserdruckerei, Wesermünde-G.

Wirklich tüchtiger und gewissenhafter Maschinenmeister
für feinsten Klitzgen- und Schriftprobenarbeit an neue Zwei-tourenmaschine „Eternovogel“ für unsere Hausdruckerei ge-sucht. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbeten an [235]
Bayerische Bleckerei, Frankfurt a. M.

Rund- und Flachstereotypseher
der selbstständig arbeiten kann, sofort ge sucht. [250]
Büchersche Buchdruckerei, Goch (Niederb.).

Tüchtige Stereotypseher
im Materialschlagen sowie im Guss und Fertigmachen bestens-erfahren, ebenso im Korrigieren von Platten bewandert, su-chen wir für dauernde Beschäftigung. [147]
Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, An-gabe des Alters und Lohnanspruch an
Petersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (Thür.).

Klitzgenseher
tüchtige erste Kraft, unverheiratet, 44 Jahre alt, sucht Stellung nach Spanien oder Italien in ausländische, gut-bezahlte, dauernde Stellung. Eintritt sofort. [250]
Gefl. Angebote unter A. B. 218 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Jungen, tüchtige Klitzgenseher
sowie gesucht. [211]
Angebote mit Zeugnis-abschriften erbeten.
„Nordischer Läufer“, Jteboe i. S.

Linotypegeher
(unter Maschinenmeister) bei gutem Lohn nach Westfalen (unbesetztes Gebiet) für neue Maschine gesucht. [251]
Gefl. A. B. 219 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten

Als Hilfssetzer geeigneter Klotter [213]
Anzeigenseher
und einige

Werkseher
sowie gesucht. [254]
S. Neuenhahn G. m. b. H., Fena, „Fenaische Zeitung“.
Nach Mannheim werden sofort mehrere [254]

Klitzgenseher
ge sucht. [254]
Angebote mit Zeugnis-abschriften an
Handelsdruckerei Kah, Mannheim.

Klitzgenseher
der an stilles, korrektes Ar-beiten gewöhnt ist, für alle vorkommenden Gaharten in Stellung mit entsprechender Bezahlung ge sucht. [254]
Buchdruckerei Wih. Marnet, Neustadt a. d. S.

Tüchtige Linotypegeher
werden noch bei guter Be-zahlung für dauernd ein-gestellt. [257]
Bewerbungen mit Zeu-gnisansprüchen an
Buchdruckerei Otto Feih, Retentions- und Eeh-maschinenbetrieb, Düsseldorf, Dillstraße 13.

Linotypegeher
mit guten Leistungen und Maschinenkenntnissen zum baldigen Eintritt bei guter Bezahlung ge sucht. [208]
Robert Erich Verlag, Abteilung Buchdruckerei, Wiesbaden, Goethestraße 4.

Tüchtiger Schweizerdegen
vornehmlich Drucker, findet gutbezahlte Stellung in Südbaden (kleiner Stadt). [211]
Angebote unter Nr. 255 an die Geschäftsstelle dieses Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtiger, unverheirateter Schweizerdegen
für sofort ge sucht Dauer-stellung. [209]
Buchdruckerei Heinz. Böse, Nohlem-Ruhr.

Buchdruck-maschinenmeister
erfahren und stolt im Klitz-gen, Werk- und Platten-druck, zu möglichst sofortigem Eintritt gegen guten Lohn ge sucht. [252]
Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften, Lohnan-sprüchen, Eintrittstermin an Buchdruckerei und Verlag Wilhelm Marnet, Neustadt a. d. Saardt.

Tüchtiger Maschinenmeister
für Schnellpressen, in Farben-druck bestens erfahren, zu baldigem Eintritt nach Nord-bayern ge sucht. [252]
Bereite Offerten unter Nr. 252 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Maschinenmeister
25 Jahre alt, ledig, mit Unver-saltpapier, Schusspresse und Sieb- und Siebdruck, in Klitzgen, Werk- u. Plattendruck bewan-dert, wünscht sich zu verändern. Angeb. erbeten unter Nr. 227 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Tüchtigen Maschinenmeister
für Plattendruck und Klitzgen-stellung ge sucht. [254]
Gerold-Verlag, Bismarck (Thür.).

Monotypegeher
erste Kraft, in Dauerstellung ge sucht. Bezahlung nach Abreinkunft. [253]
Justus Dietrich, Gotha.

Schriftseher
23 Jahre alt, ledig, sucht Stellung, egal wohin, wo ihm Gelegenheft geboten ist, sich in allen vorkommenden Gah-arten wieder einzuarbeiten und weiter auszubilden, da er seit Oktober 1922 beim Mit für war. [260]
Angebote mit Zeugnisan-gabe an
Ed. Bauer, Regensburg-Steinweg (Bayern), Schwandorfer Straße 15.

Schweinsköpfe
mit 4 oder durchwachsener Backe, 9 Pfd. netto 4,50 M., Bahnkollt 50 n. 50 Pfd. 4. 48 Pf. 9 Pfund Futter-Buchschleise 4,40 M. 9 Pfund erstklassige Schinkenplock-Terrest- und Salamivurst 14,50 M.

Käse
direkt an Verbraucher
9 Pfd. gelbe Brader 3,55 M. 9 Pfd. rote Kugel 3,95 M. 11 Pfd. d. an. Edamer Fett-6,75 M. 9 Pfd. d. an. Schweizer-Fett-8,55 M. ab Nord- u. -Nachnahme.
Carl Ramm, Horford (Holstein), Nr. 5.

Buchdruckermäßen Werkzeugkasten
Werkz. f. Maschinenmeister und Geher empf. l. best. Qual. Koll. Max Volgt, Leipzig-Göltz, Papiermühlstr. 5 II. Dreifl. fr.

Willste Musik treiben - Mühe Dörfel schreiben!



MUSIK Instrumente
für Orchester, Schule und Haus
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Klingenthal in Sachsen Nr. 15

Am 16. Mal fand unser Kollege, der Geher
Heinrich Mahe
aus Dären im Rhld., beim Baden, im Alter von 18 1/2 Jahren, den Tod.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [251]
Ortverein Nördlingen

Am 26. Mal verstarb unser lieber Kollege, der Geher
Otto Thiel
im Alter von 57 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Ortverein
Königsberg (H.).